

Name und Anschrift des Bieters:

(Ort)

(Datum)

CONITAS GmbH
Abteilung Recht und Compliance
Willy-Andreas-Allee 19
76131 Karlsruhe

Angebot

Vergabe „Microsoft-Onlinedienste 2025“
Vergabe-Nr.: 0011/25

1. Ich gebe / Wir geben hiermit ein Angebot im Vergabeverfahren zur Beauftragung der vorbezeichneten Leistungen ab.
2. Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung zum Ausschluss vom Vergabewettbewerb führen kann.
3. Ich halte mich / Wir halten uns bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist an mein / unser Angebot gebunden.
4. Grundlagen und Bestandteile zu diesem Angebot sind folgende Anlagen¹:
 - dieses ausgefüllte und unterzeichnete Angebotsformblatt
 - Rahmenvertrag (A.04) nebst sämtlichen Anlagen, insbesondere
 - Anlage 1 zum Rahmenvertrag (Leistungsbeschreibung)
 - Anlage 2 zum Rahmenvertrag (ausgefülltes Preisblatt)
 - etwaige im Verlauf des Vergabeverfahrens erteilte Antworten auf Bieterfragen und sonstige Erklärungen der Auftraggeberin
 - sowie nachfolgende, ausgefüllte und beigelegte Vordrucke:
 - ☐ Vordruck 1: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB
 - ☐ Vordruck 2: Schriftliche Unternehmensdarstellung / Firmenprofil
 - ☐ Vordruck 3: Eigenerklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung
 - ☐ Vordruck 4: Eigenerklärung zum Datenschutz
 - ☐ Vordruck 5: Eigenerklärung zur Einhaltung des SchwarzarbzG / MiLoG / AentG
 - ☐ Vordruck 6: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014

¹ Bitte kreuzen Sie die entsprechenden Positionen an.

Angebotsformular
Anlage A.03

- ☐ Vordruck 7: Fragebogen zur Eignungsfeststellung
- ☐ Vordruck 8: Darstellung der Jahresumsätze
- ☐ Vordruck 9: Nachunternehmer
- ☐ Vordruck 10: Verpflichtungserklärung Eignungsverleiher / Nachunternehmer
- ☐ Vordruck 11: Gemeinsame Haftungserklärung
- ☐ Vordruck 12: Bietergemeinschaftserklärung nebst Anlage „Organigramm“
- ☐ Folgende weitere(n) Anlagen:
- ☐ _____
- ☐ _____

Ich versichere / Wir versichern, dass

- alle mit dem Angebot eingereichten Informationen und Eigenerklärungen die aktuelle Situation des Unternehmens widerspiegeln und keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf Ausschlussgründe, Fachkunde und Leistungsfähigkeit abgegeben wurden
- alle Angaben vollständig und wahrheitsgemäß sind und zukünftige Änderungen dem Auftraggeber unverzüglich und unaufgefordert schriftlich mitgeteilt werden
- ich / wir Kenntnis davon habe(n), dass wissentlich falsche Angaben den Ausschluss vom Vergabeverfahren zur Folge haben können bzw. dass bei Kenntnis des Auftraggebers von diesen falschen Angaben nach Zuschlagserteilung der Vertrag aufgehoben / gekündigt werden kann, ohne dass ich / wir gegenüber dem Auftraggeber einen Anspruch auf Schadensersatz geltend machen kann / können. Mir / uns ist bekannt, dass ich / wir gegenüber dem Auftraggeber für alle Schäden hafte(n), die dem Auftraggeber hierdurch entstanden sind bzw. entstehen, insbesondere die Kosten einer erneuten Ausschreibung, die Mehrkosten eines ggf. erforderlichen Interimsauftrags für die Dauer einer erneuten Ausschreibung und die Mehrkosten des Ersatzauftrags
- ich / wir alle im Rahmen dieses Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellten Unterlagen vertraulich behandeln werden und sie ausschließlich zum Zweck der Teilnahme am Vergabeverfahren und zur Erfüllung des evtl. daraus folgendes Auftrags verwenden und vervielfältigen werden. Wir erklären, dass wir diese vertraulichen Unterlagen nach Einholung einer schriftlichen Vertraulichkeitserklärung nur an solche Dritte weitergeben werden, die wir beabsichtigen als Teilnehmer einer Bietergemeinschaft, als Nachunternehmer oder als Eignungsverleiher in die Leistungserbringung einzubeziehen, oder die wir ihm Rahmen dieses Vergabeverfahrens zur rechtlichen Beratung hinzuziehen
- ich / wir alle Vergabeunterlagen lückenlos zur Kenntnis genommen haben

Das Angebot umfasst unabhängig von den konkret vorgelegten Unterlagen den gesamten vom Auftraggeber vorgesehenen Vertragstext mit sämtlichen Anlagen.

(Ort)

(Datum)

Name/n in Druckbuchstaben
Stempel / Unterschrift des Bieters / des Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft

Inhalt

Vordruck 1: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB.....	4
Vordruck 2: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil	7
Vordruck 3: Eigenerklärung Betriebshaftpflichtversicherung.....	9
Vordruck 4: Eigenerklärung zum Datenschutz	10
Vordruck 5: Eigenerklärung zur Einhaltung des SchwarzarbzG / MiLoG / AEntG	14
Vordruck 6: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 ..	15
Vordruck 7: Fragebogen zur Eignungsfeststellung	16
Vordruck 8: Darstellung der Jahresumsätze	18
Vordruck 9: Nachunternehmen.....	19
Vordruck 10: Verpflichtungserklärung Eignungsverleiher / Nachunternehmer.....	21
Vordruck 11: Gemeinsame Haftungserklärung	22
Vordruck 12: Bietergemeinschaftserklärung	23

Vordruck 1: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Der Vordruck ist nach Bedarf zu kopieren und mehrfach einzusetzen.

Der Bieter erklärt, dass ihm bekannt ist, dass ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme auszuschließen ist, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuchs (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. Den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im oben genannten Sinne stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Dem Bieter ist zudem bekannt, dass öffentliche Auftraggeber ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Dies gilt nicht, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

Dem Bieter ist weiterhin bekannt, dass unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Abs. 3 GWB ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen wirksam beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder

9. das Unternehmen

- a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
- b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
- c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Der Bieter versichert hiermit, dass keine zuvor genannten Verfehlungen vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

Er verpflichtet sich, die vorstehende Erklärung auch von Nachunternehmern zu fordern und vor Vertragsschluss bzw. spätestens vor Zustimmung der Auftraggeberin zur Unterbeauftragung vorzulegen.

Soweit er die vorstehenden Erklärungen nicht (vollständig) abgeben kann, hat er hierzu in einer selbstgefertigten Anlage nähere Angaben gemacht und sichert weitere Aufklärung auf Verlangen der Auftraggeberin zu.

(Ort)

(Datum)

Name/n in Druckbuchstaben
Stempel / Unterschrift des Bieters / des Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft

Vordruck 2: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil

Name des erklärenden Unternehmens: _____

- ☐ Einzelbieter
☐ Bevollmächtigte Vertreter einer Bietergemeinschaft
☐ Mitglied einer Bietergemeinschaft
☐ Nachunternehmer der Bietergemeinschaft
- ☐ aktueller Handelsregistrauszug ist beigelegt
☐ bei Konzernzugehörigkeit: aktuelles Organigramm der Konzernstruktur ist beigelegt

Name und Adresse:	
Ansprechpartner und Kontaktdaten (Telefon, E-Mail) für das Vergabeverfahren: (nur auszufüllen vom Einzelbieter / Bevollmächtigten Vertreter einer Bietergemeinschaft)	
Ansprechpartner und Kontaktdaten (Telefon, E-Mail) für das Vertragsverhältnis: (falls abweichend)	
Internetadresse:	
Rechtsform:	
Gründungsjahr und Ort:	
Gesellschafterverhältnisse (Angaben zu den Gesellschaftern und zur Höhe ihrer jeweiligen Gesellschaftsanteile):	
Standorte:	

Darstellung der fachlichen Schwerpunkte des Unternehmens (Kernkompetenz):	
---	--

☐ sonstige ergänzende Bemerkungen des Bieters (ggf. als Anlage):

Vordruck 3: Eigenerklärung Betriebshaftpflichtversicherung

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Der Vordruck ist nach Bedarf zu kopieren und mehrfach einzusetzen.

Der Bieter erklärt, dass er eine Betriebshaftpflichtversicherung abgeschlossen hat bzw. abschließt und für die Dauer des Auftrags aufrechterhalten wird, die mindestens folgende Versicherungssummen aufweist:

Geforderte Versicherungssummen	Personenschäden mind. 2 Mio. Euro Sachschäden mind. 2 Mio. Euro Vermögensschäden mind. 2 Mio. Euro
Geforderter Versicherungsumfang	Für mindestens jeweils 2 Schadensfälle pro Kalenderjahr (2-fache Maximierung der Versicherungssumme)
Name des Versicherers	
Nr. des Versicherungsscheins	
Derzeitige Höhe der Versicherungssumme	
Derzeitiger Versicherungsumfang	

- ☐ Sofern die bestehende Versicherung die oben geforderten Deckungssummen oder den geforderten Versicherungsumfang nicht erreicht, wird bestätigt, dass im Fall der Auftragserteilung die Mindestdeckungssumme bzw. der geforderte Versicherungsumfang für die bestehende Betriebshaftpflichtversicherung zur Erfüllung der Anforderungen entsprechend angepasst wird.

(Ort)_____
(Datum)_____
Name/n in Druckbuchstaben
Stempel / Unterschrift des Bieters / des Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft

Vordruck 4: Eigenerklärung zum Datenschutz

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Der Bieter bestätigt mit der Abgabe des Angebots und der Unterzeichnung dieser Eigenerklärung, dass er zur Weitergabe der in dem Angebot aufgeführten personenbezogenen Daten nach den Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung berechtigt ist. Er bestätigt zudem, dass er die betroffenen Personen, deren personenbezogenen Daten weitergegeben werden, entsprechend der gesetzlichen Vorgaben informiert hat und ihnen auch die beigefügten Datenschutzhinweise zur Kenntnisnahme übermittelt hat.

Der Bieter ist zudem damit einverstanden, dass im Falle einer Zuschlagserteilung auf das Angebot den nicht berücksichtigten Bietern der Name des Unternehmens des Bieters mitgeteilt wird.

(Ort)

(Datum)

Name/n in Druckbuchstaben
Stempel / Unterschrift des Bieters / des Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft

Datenschutzrechtliche Hinweise:

1. Wer wird durch die DSGVO geschützt?

Die DSGVO schützt ausschließlich natürliche Personen, sogenannte „betroffene Personen“. Die Grundsätze und Vorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten sollen gewährleisten, dass Ihre Grundrechte und Grundfreiheiten und insbesondere Ihr Recht auf Schutz personenbezogener Daten gewahrt bleiben.

2. Verantwortlicher im Sinne der DSGVO

Verantwortlich im Sinne der DSGVO für die Datenverarbeitung im hiesigen Beschaffungswesen ist die

CONITAS GmbH
Abteilung Recht und Compliance
Willy-Andreas-Allee 19
76131 Karlsruhe

Telefon 0721 45194852
E-Mail compliance@conitas.de
Internet: www.conitas.de

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten der CONITAS

Der Datenschutzbeauftragte der CONITAS ist unter folgenden Kontaktdaten erreichbar:

Herr Thilo Mangler
Hans-Thoma-Straße 19
76133 Karlsruhe

Telefon 0721 155-0
E-Mail: datenschutz@conitas.de

An ihn können Sie sich mit Fragen zum Datenschutz bei der CONITAS und bei möglichen Beschwerden wenden.

4. Welche Daten und Quellen nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten (z. B. Kontaktdaten wie Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Kontodaten), die wir zur Wahrnehmung der uns übertragenen Aufgaben von Bietern in einem Vergabeverfahren erhalten haben.

Im Rahmen unserer Tätigkeit kann es auch erforderlich werden, personenbezogene Daten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eines Bieters (neben Kontaktdaten z. B. auch Zeugnisse und Lebensläufe im Rahmen der Eignungsprüfung sowie Eintragungen im Bundeszentralregister im Rahmen der Prüfung unternehmensbezogener Ausschlussgründe) sowie personenbezogene Daten von Dritten (z.B. Kontaktdaten des Ansprechpartners eines Referenzgebers im Rahmen der Eignungsprüfung oder Kontaktdaten eines vorgesehenen Nachunternehmers) zu erheben und zu verarbeiten.

Wir verarbeiten erforderlichenfalls auch personenbezogene Daten, die wir zulässigerweise aus öffentlich zugänglichen Quellen gewinnen oder die uns zulässigerweise von anderen Behörden oder von sonstigen Dritten berechtigt übermittelt werden (z. B. Handelsregister, Gewerbezentralregister).

5. Zweck der Datenverarbeitung

Die CONITAS hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die rechtlichen Anforderungen des Vergaberechts zu beachten. Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV). Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient der Durchführung des Vergabeverfahrens und gegebenenfalls der anschließenden Durchführung eines Vertragsverhältnisses.

Zum einen verarbeiten wir personenbezogene Daten gemäß Artikel 4 Nr. 1 DSGVO im Rahmen der Teilnahme an dem Vergabeverfahren (z. B. mit den Teilnahme- oder Vergabeunterlagen übermittelte Daten). Anhand der übermittelten Daten muss insbesondere die Prüfung vorgenommen werden, ob die Bieter die persönlichen Eignungskriterien erfüllen können, die für die Vertragserfüllung erforderlich sind (beispielsweise besondere Qualifikationen oder Erfahrungen der zur Vertragserfüllung eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter).

Zum anderen dient die Datenverarbeitung nach erfolgter Zuschlagserteilung der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen (z. B. im Rahmen des Leistungsabrufs oder des Zahlungsverkehrs) sowie gegebenenfalls bei Nichterteilung des Zuschlags oder nach Vertragsende zur Sicherung möglicher Ansprüche im Rahmen der geltenden Verjährungsfristen oder laufender Verfahren.

6. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten nach der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt

- zur Erfüllung eines Vertrags oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen (Artikel 6 Abs. 1 Buchst. b) DSGVO);

- zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen (Artikel 6 Abs. 1 Buchst. c), Abs. 3 S. 1 Buchst. b) DSGVO i. V. m § 3 BDSG) oder
- zur Wahrung von berechtigten Interessen von uns oder von einem Dritten, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person überwiegen (Artikel 6 Abs. 1 Buchst. f) DSGVO. Unsere berechtigten Interessen bestehen beispielsweise während laufender Verjährungsfristen oder während Verfahren darin, dass wir unsere Entscheidungen im Vergabeverfahren und unsere vertraglichen Rechte verteidigen möchten.

7. Empfänger der personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten dürfen an andere Personen oder Stellen weitergegeben werden, wenn die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist:

- » Nach § 19 Abs. 4 Mindestlohngesetz (MiLOG), § 21 Abs. 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) und § 21 Abs. 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz fordert die Vergabestelle bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung an.
- » Nach § 134 GWB sind die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bieter, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.
- » Nach § 39 VgV wird spätestens 30 Tage nach Zuschlagserteilung eine Vergabebekanntmachung mit den Ergebnissen des Vergabeverfahrens an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union übermittelt. Hierin wird der Name des erfolgreichen Bieters veröffentlicht.
- » Im Falle der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer hat die Vergabestelle nach § 163 Abs. 2 S. 4 GWB die Vergabeakten der Vergabekammer sofort zur Verfügung zu stellen. Dies gilt auch für das Verfahren der sofortigen Beschwerde vor dem zuständigen Oberlandesgericht nach § 171 GWB. In diesen Verfahren werden personenbezogene Daten ggf. auch an andere Verfahrensbeteiligte weitergegeben.

Weiterhin können verantwortliche Personen des technischen Supports, fachlicher und rechtlicher Berater und Angehörige anderer öffentlicher Stellen, insbesondere Prüfungsinstanzen (Vergabekammer, Oberlandesgericht, Rechnungshöfe, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Innenrevision, Rechnungs- und Preisprüfer, Datenschutzbeauftragte, Ministerien, EU-Kommission), Kenntnis von Ihren Daten bekommen.

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Daten werden gespeichert, solange dies im Rahmen des Vergabeverfahrens, zur Vertragsdurchführung und -abwicklung sowie zu möglichen Beweis Zwecken, etwa im Rahmen gerichtlicher Verfahren, erforderlich ist.

Nach Entfallen des jeweiligen Verarbeitungszwecks, werden sie gelöscht, es sei denn, ihre Weiterverarbeitung ist aufgrund einschlägiger gesetzlicher bzw. vertraglicher Aufbewahrungsfristen und Dokumentationspflichten erforderlich.

9. Betroffenenrechte

Auf Antrag erhalten Sie Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO und § 34 BDSG) und können unrichtige Daten berichtigen lassen (Art. 16 DSGVO). Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, können Sie zudem die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) oder die Löschung (Art. 17 DSGVO und § 35 BDSG) dieser Daten verlangen und der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten widersprechen (Art. 21 DSGVO und § 36 BDSG). Darüber hinaus steht Ihnen das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO) zu.

10. Datenschutzaufsichtsbehörde

Die CONITAS untersteht der Kontrolle des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI). Der LfDI kontrolliert die Einhaltung der Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung und des Bundes- und Landesdatenschutzgesetzes sowie anderer Vorschriften über den Datenschutz. An den LfDI können Sie sich wenden, wenn Sie der Ansicht sind, bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten durch die CONITAS in Ihren Rechten verletzt worden zu sein (Beschwerderecht).

Die Anschrift lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg
Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart

Telefon: +49 (0) 0711 - 61 55 41 0

E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

Vordruck 5: Eigenerklärung zur Einhaltung des SchwarzarbG / MiLoG / AEntG

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Ich erkläre, dass

- ☐ weder mein/unser Unternehmen noch Angehörige des Unternehmens im Zusammenhang mit der Tätigkeit für das Unternehmen nach §§ 8 ff des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften (SchwarzarbG, BGBl. I 2004 S. 1842) mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden sind.
- ☐ die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag nach § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz (MiLoG) gegen mich/uns nicht vorliegt/vorliegen. Ich bin/Wir sind insbesondere in den letzten 2 Jahren nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden. Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen das genannte Gesetz sind gegen mich/uns nicht anhängig. Den Einsatz von Subunternehmern machen ich/wir davon abhängig, dass diese uns gegenüber eine gleichartige Erklärung abgeben.
- ☐ die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag nach § 21 Abs. 1 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) gegen mich/uns nicht vorliegt/vorliegen. Ich bin/Wir sind insbesondere in den letzten 2 Jahren nicht wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden. Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen das genannte Gesetz sind gegen mich/uns nicht anhängig. Den Einsatz von Subunternehmern machen ich/wir davon abhängig, dass diese uns gegenüber eine gleichartige Erklärung abgeben.
- ☐ ich/wir in Bezug auf unsere im Inland eingesetzten Beschäftigten den Verpflichtungen zur Zahlung eines Arbeitsentgeltes mindestens in Höhe des Mindestlohns nach § 1 Abs. 2 MiLoG spätestens zu dem in § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 MiLoG genannten Zeitpunkt nachgekommen bin/sind und diesen auch zukünftig nachkommen werde/n. Für die bei mir/uns beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer (ohne EU-Länder) liegen gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse vor. Entsprechende Nachweise werde/n ich/wir im Falle der Auftragserteilung unaufgefordert vor Beginn der Leistungserbringung dem Auftraggeber vorlegen. Sollten Sie keine ausländischen Mitarbeiter beschäftigen, müssen Sie an dieser Stelle das Kriterium dennoch bestätigen, um nicht ausgeschlossen zu werden!

Wir verpflichten uns, die vorstehende Erklärung ggf. auch von Nachunternehmern zu fordern und dem Auftraggeber vor Vertragsbeginn vorzulegen._____
(Ort)_____
(Datum)_____
Name/n in Druckbuchstaben
Stempel / Unterschrift des Bieters / des Bevollmächtigten der
Bietergemeinschaft

Vordruck 6: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Der Bieter bestätigt, dass



er zur Kenntnis genommen hat, dass es nach Art. 5k der Verordnung (EU) 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2022/576 vom 08.04.2022, öffentlichen Auftraggebern bis auf weiteres verboten ist, im Anwendungsbereich der Richtlinie 2014/24/EU mit folgenden Personen, Organisationen oder Einrichtungen einen Vertrag zu schließen oder sie in einem Umfang von mehr als 10% des Auftragswerts als Unterauftragnehmer, Lieferant oder auf sonstige Weise am Auftrag zu beteiligen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a) genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) genannten Organisationen handeln.

Der Bieter versichert hiermit, dass er bzw. sämtliche Mitglieder der von ihm vertretenen Bewerbungsgemeinschaft keiner der vorgenannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind und auch die Unternehmen, auf deren Kapazitäten er zum Nachweis der geforderten technischen Leistungsfähigkeit verweisen, ebenfalls nicht diesen Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind oder jedenfalls zu nicht mehr als 10% des Auftragswerts an der Ausführung des Auftrags beteiligt werden sollen.

Bei einem Teilnahmeantrag durch die Bewerbungsgemeinschaft ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft abzugeben.

(Ort)_____
(Datum)_____
Name/n in Druckbuchstaben
Stempel / Unterschrift des Bieters / des Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft

Vordruck 7: Fragebogen zur Eignungsfeststellung

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Ein Bieter ist nur dann geeignet, wenn er sowohl fachkundig als auch wirtschaftlich und finanziell leistungsfähig sowie technisch und beruflich leistungsfähig ist. Bei den nachfolgenden Kriterien zur Leistungsfähigkeit handelt es sich daher um **Ausschlusskriterien** für das Verfahren.

Jedes Feld dieses Fragebogens, in dem die Eintragung einer Angabe des Bieters vorgesehen ist, muss zwingend ausgefüllt werden. Das Beantworten einer bzw. mehrerer Fragen mit „Nein“ führt zwingend zum Ausschluss des Angebots vom weiteren Verlauf des Vergabeverfahrens. Die CONITAS behält sich vor, die gemachten Angaben durch entsprechende Nachweisforderungen zu überprüfen. Falsche oder unvollständige Angaben führen zum Ausschluss des Bieters aus dem Verfahren.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit		
Lfd. Nr.	Beschreibung	
1.1	Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig oder droht zahlungsunfähig zu werden, insbesondere ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet bzw. die Eröffnung ist nicht mangels Masse abgelehnt worden. Ebenso wenig befindet sich das Unternehmen in Liquidation oder plant, seine Tätigkeit einzustellen.	☐ Ja ☐ Nein
1.2	Das Unternehmen hat in den vergangenen drei Jahren jeweils einen Mindestjahresumsatz von 1,5 Mio. Euro erzielt.	☐ Ja ☐ Nein
1.3	Das Unternehmen hat in den vergangenen drei Jahren bezogen auf den prozentualen Anteil am Jahresumsatz, der im Tätigkeitsbereich des Auftrags erzielt wurde, einen Mindestjahresumsatz von 1,0 Mio. Euro erzielt.	☐ Ja ☐ Nein
Technische und berufliche Leistungsfähigkeit		
Lfd. Nr.	Beschreibung	
2.1	Der Bieter muss Handelspartner und autorisierter Licensing Solution Partner (LSP) von Microsoft sein für die Bereitstellung von Onlinediensten unter dem Microsoft Business und Service Vertrag (MBSA) (Mantelvertrag Nr. U5223585) und den darunter ab dem 01.06.2025 gültigen Konzernverträgen (Enterprise Agreements) zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten das Bundesministerium des Inneren (BMI), und Microsoft Ireland Operations Limited.	☐ Ja ☐ Nein
2.2	Das Unternehmen setzt bei der Auftragsdurchführung deutschsprachige Mitarbeiter (mindestens Niveau C1 nach dem gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen) ein.	☐ Ja ☐ Nein
2.3	Das Unternehmen hat eine Niederlassung in Deutschland.	☐ Ja ☐ Nein

Angebotsformular
Anlage A.03

2.4	Das Unternehmen verfügt über ein zertifiziertes Informationssicherheitssystem nach ISO 27001 oder vergleichbar.	☐ Ja ☐ Nein
2.5	Das Unternehmen verfügt über ein zertifiziertes Qualitätssicherungssystem nach DIN EN ISO 9001 oder vergleichbar	☐ Ja ☐ Nein

- ☐ Die Jahresabschlüsse der letzten drei vollen Geschäftsjahre sind beigelegt.
- ☐ Der Nachweis für die Autorisierung als Handelspartner und Licensing Solution Partner (LSP) von Microsoft nach Ziffer 2.1. ist beigelegt.
- ☐ Die Zertifizierung nach Ziffer 2.4 (ISO 27001 oder vergleichbar) ist beigelegt.
- ☐ Die Zertifizierung nach Ziffer 2.5. (DIN EN ISO 9001 oder vergleichbar) ist beigelegt.

Vordruck 8: Darstellung der Jahresumsätze

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Der Vordruck ist nach Bedarf zu kopieren und mehrfach einzusetzen.

Darstellung des Jahresumsatzes der letzten drei Jahre

Jahr	Höhe des Umsatzes	Höhe des prozentualen Anteils am Umsatz generiert im Tätig- keitsbereich des Auftrags
2022		
2023		
2024		

Vordruck 9: Nachunternehmen

Name des erklärenden Unternehmens: _____

1. Nachunternehmer zur Eignungsleihe:

Zum Nachweis

- ☐ der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und/oder
- ☐ der technischen Leistungsfähigkeit / fachlichen Eignung

beziehen wir uns auch auf die Fähigkeiten und Kapazitäten anderer (auch verbundener) Unternehmen, namentlich der folgenden Nachunternehmen

Ifd. Nr.	Name des Unternehmens	Anschrift	Funktion	Fähigkeiten/Kapazitäten, auf die wir uns berufen
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	

Uns ist bewusst, dass wir mit dem Angebot dem Auftraggeber für die vorgenannten Unternehmen die Erklärungen / Nachweise nach **Anlage A.03 Vordrucke 1 bis 8** der Bekanntmachung vorzulegen und nachzuweisen haben, dass uns im Auftragsfall die Mittel / Ressourcen / Kapazitäten dieser Unternehmen zur Verfügung stehen. Hierzu ist eine Verpflichtungserklärung der vorgenannten Unternehmen vorzulegen (siehe **Anlage A.03 Vordruck 10**). Uns ist außerdem bewusst, dass wir mit dem Teilnahmeantrag eine gemeinsame Haftungserklärung mit den vorgenannten Unternehmen vorlegen müssen (siehe **Anlage A.03 Vordruck 11**), wenn wir uns hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf die Fähigkeiten und Kapazitäten dieser Unternehmen berufen.

2. Nachunternehmerverzeichnis:

Unabhängig von der Eignungsleihe beabsichtigen wir, folgende Nachunternehmen unter Benennung des entsprechenden Leistungsbereichs im Auftragsfall als Nachunternehmer einzusetzen:

lfd. Nr.	Name / Sitz Nachunternehmen	geplanter Leistungsbereich

Ausfüllhinweise

Sofern der vorhandene Platz nicht ausreicht, kann der Vordruck kopiert und mehrfach verwendet werden.

Vordruck 10: Verpflichtungserklärung Eignungsverleiher / Nachunternehmer

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft: _____

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Ich / wir habe(n) davon Kenntnis, dass sich der o. g. Bieter / die o. g. Bietergemeinschaft an dem Vergabeverfahren „Bereitstellung Microsoft-Online-Dienste“ beteiligt und sich im Rahmen des Eignungsnachweises meiner / unserer Kapazitäten (Fähigkeiten/Mittel) bedienen wird.

Ich / wir verpflichte(n) mich / uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter / an die o.g. Bietergemeinschaft diesem / dieser mit den entsprechenden Mitteln / Kapazitäten meines / unseres Unternehmens bei der Auftragsausführung zur Verfügung zu stehen.

lfd. Nr.	Fähigkeiten/Mittel, mit denen wir im Auftragsfall zur Verfügung stehen:	Beschreibung, wie die Zurverfügungstellung der Fähigkeiten/Mittel erfolgen wird (bei Nachunternehmern: Geplanter Leistungsbereich)

(Ort)_____
(Datum)

 Name/n in Druckbuchstaben
 Stempel / Unterschrift des Eignungsverleihers / Unterschrift des Nachunternehmers
Ausfüllhinweise

Sofern der vorhandene Platz nicht ausreicht, kann der Vordruck kopiert und mehrfach verwendet werden.

Vordruck 11: Gemeinsame Haftungserklärung

Name des erklärenden Bieters / Bietergemeinschaft: _____

Name des erklärenden Eignungsverleihers: _____

Wir erklären, dass wir im Falle der Zuschlagserteilung gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haften werden.

(Ort) (Datum)

Name/n in Druckbuchstaben
Stempel / Unterschrift des Bieters / des Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft

(Ort) (Datum)

Name/n in Druckbuchstaben
Stempel / Unterschrift des Eignungsverleihers

Ausfüllhinweise

Sofern der vorhandene Platz nicht ausreicht, kann der Vordruck kopiert und mehrfach verwendet werden.

Vordruck 12: Bietergemeinschaftserklärung

Hiermit erklären wir, dass wir für das Vergabeverfahren „Bereitstellung Microsoft-Onlinedienste“ eine Bietergemeinschaft gegründet haben.

1. Bietergemeinschaftsdaten

Unsere Daten lauten wie folgt:

	BG-Mitglied 1	BG-Mitglied 2
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

	BG-Mitglied 3	BG-Mitglied 4
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

Angebotsformular
Anlage A.03

Wir erklären, dass

- das nachfolgend bevollmächtigte Mitglied die Bietergemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt (die Bevollmächtigung schließt rechtsgeschäftlich Erklärungen im Vergabeverfahren mit ein),
- wir im Falle einer Aufforderung unserer Bietergemeinschaft zur Angebotsabgabe ein gemeinsames Angebot abgeben werden,
- die Bildung der Bietergemeinschaft mit dem Kartell- bzw. Wettbewerbsrecht vereinbar ist,
- wir die Absicht haben, uns im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft in Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (oder gleichwertig) zusammenzuschließen und wir deshalb gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen im Auftragsfalle haften werden.

Zum rechtsgeschäftlich bevollmächtigten Vertreter der o.g. Bietergemeinschaft benennen wir:

Vor- und Zuname in Druckbuchstaben

Zuständiger Ansprechpartner (bevollmächtigter Vertreter) bei der BG für das gegenständliche Vergabeverfahren

Vor- und Zuname in Druckbuchstaben

Telefonnummer:

Faxnummer:

E-Mail-Adresse:

2. Unterschrift aller Mitglieder der Bietergemeinschaft:

Einzufügen ist jeweils der Vor- und Zuname des Erklärenden in Druckbuchstaben sowie der Stempel des jeweiligen Bietergemeinschaftsmitglieds

..... Ort, Datum	 BG-Mitglied 1 (Name, Stempel, Unterschrift)
---------------------	--

..... Ort, Datum	 BG-Mitglied 2 (Name, Stempel, Unterschrift)
---------------------	--

..... Ort, Datum	 BG-Mitglied 3 (Name, Stempel, Unterschrift)
---------------------	--

..... Ort, Datum	 BG-Mitglied 4 (Name, Stempel, Unterschrift)
---------------------	--

Anlage: Organigramm mit Zuständigkeitsdarstellung bzw. Darstellung der Teilbereiche jedes Mitglieds